Nr. 329 XXVI. Jahrgang Freitag, 29. November 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 5 28, 13 6 38, 13 8 97. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile oder (für Dresden und Vororte) 35 Pf., für auswärts 40 Pf., die zweispaltige Reklamezeile M 1.50, mit Platzvorschrift M 2.—. Für Ziffern- oder Auskunft 10% Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresumsätzen Ermäßigung nach festgelegten Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50% Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Sämtliche Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Anzeigen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unsern Tarifsätzen an.

Bezugspreis: Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 1.40, vierteljährlich M. 4.20. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste“ 15 Pf. monatlich mehr. Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. M 1.40, vierteljährl. M 4.25; B mit „Illustr. Neueste“ 1.55, 4.65. In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste“ monatl. Kr. 2.32, vierteljährl. Kr. 6.96; B mit „Illustr. Neueste“ 2.48, 7.47. Nach d. Auslande in Streifb. wöchentl. M 1.10. Einz. Numm. 10 Pf.

Bayerns Sonderbestrebungen

München bricht mit Berlin

In unserm Artikel „Der Gipfel der Gefahr“ haben wir bereits auf die Loslösungsbestrebungen hingewiesen, die sowohl im Westen Deutschlands wie besonders in den süddeutschen Staaten unverkennbar im Gange sind. Der bayrische Ministerpräsident Kurt Eisner unternimmt jetzt einen neuen Vorstoß gegen die Berliner Reichsregierung. Vom bayrischen Ministerium des Aeußern wurde am Dienstag folgendes Telegramm an den bayrischen Gesandten in Berlin zur Uebermittlung an das Auswärtige Amt gesandt: „Die neuerlichen Versuche, die alten Methoden im Auswärtigen Amt fortzusetzen, das deutsche Volk erneut um die Erkenntnis der Wahrheit zu betrügen, veranlaßt das Ministerium des Aeußern des Volksstaates Bayern, jeden Verkehr mit den gegenwärtigen Vertretern des Auswärtigen Amtes abzulehnen.“ Das Telegramm trägt die Unterschrift Kurt Eisners. Gleichzeitig hat der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München ein Telegramm in gleichem Sinne an den Vollzugsausschuß des A.- u. S.-Rates Berlin abgesandt: „Der Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates München entnimmt aus den Verhandlungen der Konferenz der Vertreter der deutschen Republik mit Entrüstung die unerhörte Tatsache, daß noch immer kompromittierte Vertreter des bisherigen Systems, die Herren Erzberger, Solf, David und Scheidemann, entscheidenden Einfluß besonders in der auswärtigen Politik ausüben. Wir verlangen die sofortige Beseitigung dieser konterrevolutionären Elemente und fordern den S.-Rat Berlin auf, mit allen Mitteln den Sturz einer Regierung herbeizuführen, die weiterhin solchen Personen eine entscheidende Stellung einräumt.“ Der wahre Sinn dieses Depeschenwechsels ist unschwer zu erkennen. Man steuert mit vollen Segeln auf die

Loslösung vom Reiche

los, und wenn die uns zugehenden Privatmeldungen sich bestätigen, ist man in München und Süddeutschland gewillt, in weitestem Sinne Politik auf eigene Faust, unabhängig von den Beschlüssen der Reichsregierung, zu machen:

h. München, 28. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Der bayrische Ministerpräsident hat eine Abschrift seiner Note über den Abbruch der Beziehungen zu dem Berliner Auswärtigen Amt den drei süddeutschen Regierungen zugestellt. Eine weitere Mitteilung Bayerns soll folgen, in der man die Einleitung eines engeren Zusammenschlusses der süddeutschen Staaten erblickt.

h. München, 28. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Nach Informationen aus dem bayrischen Ministerium ist der Abbruch der Beziehungen Bayerns zum Berliner Auswärtigen Amt, sofern in den nächsten Tagen kein Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes eintritt und sofern nicht für die Zukunft Garantien von Berlin gegeben werden, nur der Vorläufer zu weiteren wichtigen Entschließungen Bayerns. Die Frage eines Separatfriedens für Bayern und die Neugestaltung der diplomatischen Vertretungen Bayerns im Auslande sei in den Bereich der Möglichkeit getreten.

☞ Rotterdam, 27. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) An Berichte englischer und italienischer Zeitungen aus München knüpfen „Times“, „Daily Telegraph“ und „Morning Post“ übereinstimmend Kommentare, dahingehend, daß die Abtrennung der süddeutschen Staaten vom Norden von der Entente mit Befriedigung angesehen und, falls möglich, im Interesse der künftigen Sicherheit gefordert zu werden verdiene. Der Völkerbund werde sich aus vielen Kleinstaaten unter Führung der Großmächte zusammensetzen. Um die Dinge reifen zu lassen, wäre die Hinausschiebung der Friedensverhandlungen zweckmäßig.

Kurt Eisner hat bereits am Montag bei der Tagung des Vollzugsrates in Berlin über die

Ziele seiner Politik

gesprochen. Der ausführlichere Wortlaut seiner Rede liegt jetzt vor. Eisner führte dort aus: „Weswegen ich in diesem Kreise erschienen bin, das hat zweierlei Gründe. Einmal wünsche ich, daß die unmittelbaren Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte sich einig sind über das, was sie für die kommende Entwicklung zu leisten haben, zweitens wünsche ich, daß die Zusammenarbeit der Arbeiter- und Soldatenräte, und wir haben in Süddeutschland auch noch die Bauernräte, möglichst glatt und ungefährlich vor sich gehe.“ Nachdem Eisner eine kurze Darstellung der Münchener Revolution gegeben hatte, fuhr er fort: „Wenn wir gar keine weiteren Wünsche hätten, als möglichst schnell wieder zu dem Parlamentarismus zurückzukehren, den wir noch gestern hatten, dann brauchten wir nicht die Revolution. Die Revolution ist keine Demokratie. Sie will sie erst schaffen. Arbeiter- und Soldatenräte müssen überall die Grundlage der neuen Entwicklung bilden. Die Nationalversammlung kann und darf erst dann einberufen werden, wenn die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sich so sehr entwickelt haben, daß alles von dem neuen Geiste erfüllt ist. Dann darf vielleicht an die Nationalversammlung gedacht werden. Die Arbeiterräte sind berufen, die Bezirks- und Lokalparlamente zu bilden. Wir hören jetzt sehr viel von den Bolschewisten. Ich bin keiner. Meine Ueberzeugung ist dagegen. Erstens liebe ich die Methode des Bolschewismus nicht. Ich glaube an den Geist und die Macht der Ideen. Bei uns ist kein Tropfen Blut geflossen. Wir haben sofort die Macht an uns gerissen, aber im menschlichen Geist gearbeitet. Darum wünsche ich, daß die Vertreter des neuen Geschlechtes dahin streben, daß sie mit der Menschlichkeit vorwärts kommen. Das trennt mich praktisch von den Methoden des Bolschewismus. Theoretisch trennt mich eine Zweckmäßigkeitsfrage. Daß die Produktion in den Besitz der Gesamtheit übergeführt werden muß, darüber ist kein Zweifel. Ich halte es nicht für ganz richtig, daß die Ueberführung der Produktionsmittel in die Gesellschaft erfolgen müsse, indem die bürgerliche Gesellschaft die Gewalt verliert. Sollen wir die Produktion übernehmen, wo sie nahe an dem Abgrund steht? Im Moment hat das keinen Zweck, da unsre wirtschaftliche Kraft erschöpft ist. Die gesamte kapitalistische Gesellschaft bricht zusammen; solange dieser Zusammenbruch bevorsteht, hat es keinen Zweck, die Sozialisierung vorzunehmen. Die Sicherung der Revolution geschieht nur durch Festigung und Demokratisierung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte.“ Eisner führte dann eine

Gründe für den Separatismus

an, u. a. die Stellung Berlins während des Krieges als Ort, in dem das Weltverbrechen organisiert worden ist und die wirtschaftliche Zentralisation durch Deutschland entblößt wurde. Eisner forderte hierauf energischen Kampf gegen die Vertreter des alten Systems. „Es geht nicht an“, erklärte er, „daß ein Mann wie Dr. David, der das Stockholmer Manifest verfaßt hat, der die Interessen des deutschen Volkes bis aufs Blut verletzt hat, im Auswärtigen Amte sitzt. Es ist bei allen Beschlüssen der Gedanke zu vermeiden, als wenn von Berlin alles Licht und Heil käme. Bei dem demokratischen Geist soll die Mitarbeit aller gesichert sein. Das wird die neue Demokratie sein, die die sozialistische Gesellschaft herbeiführen wird. Haben wir eine rein dastehende Regierung und ordentliche Verhältnisse im Lande, dann, aber auch nur dann wäre ich bereit, nochmals zur Nationalversammlung aufzurufen.“

*

„Nicht auf dem richtigen Weg“

* Berlin, 28. November

Der „Vorwärts“ meint, daß Kurt Eisner mit seinem neuesten Schritt gegen die gegenwärtigen Vertreter des Auswärtigen Amtes der Reichsregierung ihre schwierige Lage nicht erleichtert habe, und sagt: „Warum von München aus der Bogen so überspannt wird, versteht man in Berlin nicht. Mißtrauische glauben sogar schon, Bayern wolle das Beispiel der Ukraine nachahmen und sich für den Preis der Reichszertrümmerung einen baldigen Frieden erkaufen. Dem steht die strikte Erklärung Eisners für die Erhaltung der Reichseinheit gegenüber. Wir glauben aber nicht, daß Eisner auf dem richtigen Wege ist, die Reichseinheit zu festigen und bessere Friedensbedingungen für Deutschland zu erreichen.“

Die Arbeit des alliierten Lebensmittelrates

× London, 27. November. (Reuter)

„National Food-Journal“ teilt mit: Die ständige Kommission der Vertreter des Alliierten-Lebensmittelrates wurde bei ihrer Sitzung am 21. November dahin verständigt, daß die Regierung wünsche, daß die Kommission die verschiedenen Gesuche aus feindlichen Ländern um Unterstützung von Lebensmitteln in Erwägung ziehe, während sie sich mit der Hilfe beschäftigt, die den wiedergewonnenen Gebieten zuteil werden solle. Seitdem ist sie auch verständigt worden, daß auch die französische Regierung den Wunsch hat, daß diese Arbeit von dieser Organisation geleistet werden soll, die bereits mit der Beschaffung der Lebensmittel für die Alliierten sowie für die zugestandenen Lebensmittel für Neutrale betraut ist. So ist es wahrscheinlich, daß sie bald die Aufsicht über alle Lebensmitteleinfuhr Europas ausüben wird. Wie bereits mitgeteilt worden ist, fordert Hoover, daß die Bevölkerung der befreiten Gebiete sowie der alliierten zuerst und dann die Notlage der Neutralen berücksichtigt werden soll.

Eine imperialistische Rede Churchills

Reuter meldet: Churchill sagte in einer in Dundee gehaltenen Rede, er sei ein von Hoffnung erfüllter und aufrichtiger Anwalt des Völkerbundes. Aber dieser solle kein Ersatz für die Vormachtstellung der britischen Flotte sein. Ferner erklärte er, daß keine deutsche Kolonie Deutschland jemals zurückgegeben werde und ebenso kein eroberter Teil türkischen Gebiets der Türkei zurückerstattet werden solle. Weiter erklärte Churchill in Beantwortung einer Frage über die Friedensbedingungen: „Wir sind völlig ungebunden bei der Freiheit der Meere. Die deutsche Nation als Ganzes war an diesem Angriffskriege schuldig. Sie haben alle dafür zu zahlen. Jeder einzelne Deutsche, der bestimmter Bruche des Kriegsrechtes zu Lande oder zur See überführt werden kann, oder nachweislich Gefangene grausam behandelt hat, sollte vor Gericht gestellt und wie ein Verbrecher bestraft werden, wie hochgestellt er auch sei. Die juristischen Berater der Krone sind beschäftigt, diese Frage zu prüfen, damit wir imstande sind, unsre Anklage gegen die Schuldigen vorzubereiten.“

Diese Rede Churchills spiegelt den englischen Imperialismus in Reinkultur. Wir weisen auch in unserm nachfolgenden Artikel „Die Gefahren der Auflösung“ auf den geistigen und politischen Zusammenhang dieser Aeußerung mit dem ganzen gegen die junge deutsche Republik gerichteten reaktionären feindlichen Chauvinismus hin.

Die Drohungen der Entente

Immer wieder wird in den Aeußerungen der Entente-Presse daran festgehalten, daß der Verband die Wiederherstellung der Ordnung gegebenenfalls durch Waffengewalt herbeiführen müsse. Bisher haben sich nur die französischen Sozialisten gegen die Unterdrückung aller Revolutionsbestrebungen in Deutschland ausgesprochen:

a. Basel, 28. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) Die „Morning Post“ meldet, daß die am 5. Dezember wiederzusammentretende Alliiertenkonferenz sich mit den zur Wiederherstellung der Ordnung und einer gesetzmäßigen Regierung in Deutschland zu ergreifenden politischen und militärischen Maßnahmen zu befassen haben wird. Man beobachtet die bolschewistische Entwicklung in Deutschland mit steigender Besorgnis.

a. Basel, 28. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily News“ veröffentlichen einen Brief Lord Lansdownes, in dem er empfiehlt, die deutschen Hafenstädte zur Wiederherstellung gesetzlicher Regierungsgewalten in Deutschland zu besetzen.

g. Genf, 28. November. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Humanité“ meldet den Eingang eines Protestes der Sozialisten im Kammerausschuß gegen die vom französischen Oberkommando angeordnete Festnahme von Mitgliedern der Soldaten- und Arbeiterräte in den besetzten deutschen Gebieten.

In ähnlichem Sinne hat sich auch eine Tagung der französischen Gewerkschaften ausgesprochen. Am Sonntag abend fand im Pariser Winterzirkus eine große Versammlung der Confédération Générale du Travail zur Feier des Abschlusses des Waffenstillstandes statt. Mehr als 10000 Arbeiter nahmen daran teil. Jouhaux nahm Stellung gegen jede terroristische Annexion, verlangte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker im Rahmen des Völkerbundes und forderte, daß die Arbeiterorganisationen Frankreichs das Recht erhielten, die wirtschaftliche Neuorganisation des Landes zu kontrollieren. Merrheim richtete sodann einen brüderlichen Gruß an das deutsche Proletariat. Das französische Proletariat müsse die Appelle des deutschen Proletariats beantworten, sonst drohe der deutschen Revolution wie vorher die russische Entzweiung. Perchard erhob Einspruch gegen die ungerechtfertigten Verhaftungen von Sozialisten, betonte, daß die Zukunft der revolutionären Bewegung gehöre, und forderte ein kräftiges Auftreten des Proletariats. Nach Schluß der Versammlung marschierten um 11 Uhr abends geschlossene Trupps nach der Place de la République, wo die Internationale gesungen wurde.

Das Schicksal Wilhelms II.

× London, 27. November. (Reuter)

„Evening Standard“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß ein Punkt der Tagesordnung der Friedenskonferenz die Erwägung der Position des Exkaisers, des Exkronprinzen und anderer Persönlichkeiten bilden werde mit der Absicht, sie wegen ihrer während des Krieges gegen das Völkerrecht begangenen Vergehen gerichtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Asquiths Gegenkandidatin

× London, 27. November

Im Distrikt East-Fife wird Asquith als Gegenkandidatin die Witwe des 1917 an der Front gefallenen Obersten Hope gegenübergestellt werden. Sie fordert die Hinrichtung des Kaisers.

Die Italiener in Tirol

Aus Innsbruck wird berichtet: Von unterrichteter Seite wird betont, daß die Meldung, wonach die Besetzung des deutschen Südtirols in dem italienischen Aufruf als endgültig bezeichnet wurde, nicht den Tatsachen entspricht. Auch die Meldung von der Auflösung des Nationalrates für das deutsche Südtirol ist nicht verbürgt. Auf Befehl des italienischen Kommandos ist der Wehrausschuß in Bozen am 21. d. M. mit der Begründung aufgelöst worden, daß die Aufrechterhaltung der Ordnung als durch das Kommando selbst gewährleistet erscheine.

Die Gefahren der Auflösung

Der Widerstand gegen die Wahl und Einberufung einer Nationalversammlung hat selbst in den Reihen der radikalen Linken nachgelassen. Das weiß man natürlich auch im Lager unsrer Feinde ganz genau. Aber man tut so, als glaube man nicht an den Willen zur Nationalversammlung. Jeder, der irgendwo und -wann noch gegen die Urwahlen spricht, weil ihm die sofortige, jeden Wirtschaftsaufbau zweifellos zernichtende, also unsoziale „Sozialisierung“ höher steht als die dringend notwendige Einigung des deutschen Volkes unter der Führung einer von der überwältigenden Volksmehrheit gestützten Regierung, jeder Sektiererwille, wie immer er sich äußern mag, aber auch jeder bedeutungslose, reaktionäre Gegenversuch muß herhalten, um — die Ausrede zu schaffen für den Einmarsch feindlicher Truppen in Deutschland. Mit dem Zusammenbruch des alten Systems im Deutschen Reiche und in Oesterreich sind zugleich auch, wie es scheint, alle Völkerbundideale und das Selbstbestimmungsrecht der Völker verschüttet worden. Der haßvollste, rachsüchtigste, profitgierigste Imperialismus und Chauvinismus macht sich breit, schreit so laut, daß man kaum mehr Wilsons Stimme, geschweige denn die gemäßigter und besonnener Politiker in London und Paris hört. In Wien sind entweder schon Italiener, allen Waffenstillstandsbedingungen zum Hohn, eingezogen, oder sie werden ebenso ihre, auf kein Völkerrecht oder andres Recht gegründete Gewalt dort geltend machen, so wie die Franzosen, keine Abmachung und keinen Termin achtend, bereits Negertruppen in die bayrische Pfalz geworfen hatten. Jetzt soll der protestierte alldeutsche Sichtwechsel auf Briey, Calais, die belgische Küste mit allen Mitteln, die einem rücksichtslosen Forderer zu Gebote stehen, bei uns einkassiert werden, obwohl auch das unsern Feinden bekannt ist, daß seit Jahr und Tag die deutsche Volksmehrheit und ihre Presse gegen die Ausgeburten der Welteroberer und Imperialisten sich mit allen Möglichkeiten gewehrt haben, die unter dem Druck der Verhältnisse ihnen geblieben waren. Unsre Feinde wissen sehr wohl auch, daß das deutsche Volk nie einen Eroberungskrieg begonnen hat. Und wenn jetzt zur Unzeit Dokumente oder Bruchstücke von Dokumenten veröffentlicht werden als Zeugnisse für die Schuld der Despotenpolitiker in deutschen Geheimkabinetten, so ist dieses Material dem Feinde willkommen nicht als Beweismittel für die Schuldlosigkeit des Volkes, das sich selbst getäuscht sieht, vielmehr man konstruiert auch daraus ein Recht, die Bedingungen des Waffenstillstandes nach Belieben zu biegen oder zu brechen. Der Idealismus Kurt Eisners dürfte von einem Manne von der Wesensart Clemenceaus binnen kurzem bitter enttäuscht werden. Eisner denkt sich den Georges Clemenceau der Dreyfus-Campagne offenbar als einen Vorkämpfer des Rechtes und der Menschenrechte und vergißt dabei, daß auch damals die „Affäre“ für den Politiker Clemenceau nur das Sprungbrett war. Der Freund Eduards VII. hat ja nicht erst in diesem Kriege seine Arbeit zur Vernichtung Deutschlands begonnen, und wer sich nicht selbst einen Clemenceau künstlich zurechtmacht, den es nicht gibt, muß sich sagen, daß ein Machtpolitiker, unter dessen Regierung bis heute der Mörder Jean Jaurès unbestraft blieb, seinen Vernichtungswillen nicht ändert in dem Augenblick, da er nach seinem Dafürhalten am bequemsten und völlig durchzusetzen sein dürfte.

Zu diesem Zwecke wird man auf der Feindesseite kein Mittel scheuen. Und wenn man irgendwelche Sonderfriedensgedanken und Abtrennungsbestrebungen unterstützt, so brauchen wir uns nur der bekannten französischen Landkarten eines „Deutschland nach dem Kriege“ zu erinnern, die wir schon 1915 und 1916 studieren konnten. Die Stäbe des einmal gelösten festen Bündels hofft man einzeln um so sicherer zu knicken. Und Georges Clemenceau, dessen Einfluß heute durch Männer von der Mentalität Churchills — man lese nur den Auszug der letzten Rede dieses wirkungsreichen Agitators! — verstärkt wird, ist ein Virtuose des Hasses. Seinen Seneca kennt er meisterlich, wie er ein Kenner der Geschichte der Medizin und als Mediziner ein vollkommener Realist ist. Der aber sagt ihm: „Maximum remedium irae dilatio est.“ Und weil wirklich Nachdenken, Besinnung, „Verzögerung das beste Mittel gegen den Zorn“ ist, so will Clemenceaus Wille jede Verzögerung vermieden wissen. Will kein verhandlungsfähiges Deutschland, will ein ohnmächtiges, zerstückeltes oder zerfallendes Reich, dem man die Nationalversammlung oktroyiert nach Belieben, da es sich selbst angeblich dieser gerechten und vernünftigen Forderung widersetzt. Ehe der Zorn der Bundesgenossen verraucht ist, soll das brutale Machtwort „Wehe dem Besiegten!“ gnadenlos zur Anwendung kommen. Dabei bietet sich die Aussicht, den Einmarsch feindlicher Truppen, den eine Uebermacht in vier Jahren nicht gegen das Volk deutscher Helden zu erzwingen vermochte, bis durch das Brandenburger Tor zu führen und in allen Kinos der feindlichen Städte das Spektakel abzurollen.

Gegen einen solchen Willen gibt es natürlich gar kein sicheres Gegenmittel, weil alle Macht beim Feinde steht. Was wir tun können? Nichts mehr, als die „Gründe“ zum Bruche des Waffenstillstandes und zum Einmarsch nach Möglichkeit beseitigen. Das sehen auch die Männer der Regierung ein. Man will die Wahlen zur Nationalversammlung so beschleunigen, daß dieser Willensakt des deutschen Volkes möglichst schon am 19. Januar erfolgen kann. Aber seit man im Feindeslager sieht, daß die Nationalversammlung kommt, versucht man heimlich zu verhindern, was man öffentlich verlangt. Denn einem in seinen Teilen und Stämmen uneinig gemachten Deutschland, dessen Zweiteilung man eben jetzt ganz offen propagiert, könnte man ja wieder die Rechtmäßigkeit einer Nationalversammlung und einer durch diese legitimierten Regierung mit staatsrechtlichen Scheingründen be-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19181129/1